



Starke Frauenpolitik: Grüne Frauenorganisation in der Steiermark gegründet!

Am 12. Dezember 2024 wurde die „Grüne Frauen Steiermark“ gegründet, um die Frauenvertretung und Gleichstellung in der Steiermark zu stärken.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 12. Dezember 2024 wurde die Gründung der „Grünen Frauen Steiermark“ bekannt gegeben, ein bedeutender Schritt für die Frauenpolitik in der Region. Meri Disoski, die Vorsitzende der „Grünen Frauen Österreich“, äußerte sich begeistert über diese Initiative und gratulierte Veronika Nitsche zu ihrer Wahl als Vorsitzende der neuen Organisation. Nitsche, die in den letzten fünf Jahren als Frauensprecherin im steirischen Landtag tätig war, wird künftig die Stimme der Frauen in der Steiermark stärken. „Wir brauchen eine starke Frauenvertretung in der Steiermark“, betonte Nitsche und wies darauf hin, dass der Frauenanteil im neu gewählten Landtag unter ein Drittel fällt, was ernsthafte Auswirkungen auf Gleichstellung und Frauenrechte haben könnte. Dies zeigt, wie wichtig die Gründung der „Grünen Frauen Steiermark“ gerade in dieser Zeit ist, da ein FPÖ-Landeshauptmann bevorsteht.

Wichtige Perspektiven für Frauen

Nitsche hebt hervor, dass die neu gegründete Organisation nicht nur Stimmen erheben, sondern auch das Gehör für die Anliegen der Frauen in der Gesellschaft verstärken wird. Es wird eine kämpferische Haltung einnehmen, um Gleichstellung und gesellschaftliche Gerechtigkeit zu fördern. Dies ist besonders

bedeutend in Anbetracht der bevorstehenden politischen Veränderungen in der Steiermark, die eine Rückschritt in der Frauenpolitik zur Folge haben könnten, wie Disoski anmerkte.

Zusätzlich ist zu beachten, dass die Finanzierung der politischen Parteien in Österreich, gemäß dem Parteiengesetz, klar geregelt ist. Parteiinterne Einkünfte, wie Mitgliedsbeiträge und Spenden, sowie staatliche Grundfinanzierung spielen eine entscheidende Rolle für die Unterstützung politischer Initiativen. Im Jahr 2013 beliefen sich die Einnahmen auf etwa 41,3 Millionen Euro, wovon ein erheblicher Anteil aus staatlichen Mitteln stammte. Wie **gruene.de** berichtet, bleibt lediglich 30 Prozent dieser Finanzen beim Bundesverband, der die Mittel auf die verschiedenen Ebenen der Partei verteilt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.gruene.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at